

Nur den Hauch einer Chance für die Windkraft

EBM und EBL bleibt die Hoffnung auf neue Subventionsmodelle und technischen Fortschritt bei der Stromerzeugung

Von Daniel Wahl

Münchenstein/Liesberg. Nachdem die Elektra Baselland (EBL) Mitte Mai in der *BaZ* durchblicken liess, dass sie wohl ihre Pläne für drei Windräder auf dem Schleifenberg in der Schublade verschwinden lassen wolle, hat die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) ihren Entscheid dieser Tage definitiv gefällt: Sie will das Windparkprojekt in Liesberg sistieren (siehe *BaZ* von gestern). Als Hauptgründe geben die Genossenschafter in Münchenstein – analog zu den Energiekollegen in Liestal – die zu schwachen Winde und die fehlende Aussicht auf Subventionen aus dem Topf der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) an. Die vier EBM-Windturbinen auf dem Berg Rücken bei Liesberg hätten rund 4500 Haushalte versorgen sollen.

Gemessen hat die EBM bei Liesberg bloss 4,5 Meter pro Sekunde, erwartet worden wären im Minium Windgeschwindigkeiten von fünf Metern pro Sekunde. Zudem sind auch die Windstunden über das Jahr zehn Prozent unter den Erwartungen geblieben.

Rentabilität infrage gestellt

Wie die Elektra Baselland mit ihrem Windkraftprojekt auf dem Schleifenberg bei Liestal weiter verfährt, wird in den kommenden Wochen entschieden. Beat Andrist, stellvertretender EBL-Geschäftsleiter, sagt im Vorfeld nur so viel: «Unsere Messungen haben zwar ungefähr jene Winddaten geliefert, die wir erwartet haben. Hingegen haben sich die KEV-Bestimmungen so verschlechtert, dass wir kaum mehr Geld für das Schleifenberg-Projekt erhalten.» Alles andere als eine Schubladisierung des Windparks in Liestal wäre eine Überraschung.



Projekt Liesberg abgeblasen. Die Daten der EBM-Windmessanlage blieben zehn Prozent unter den Erwartungen. Fotos EBM

Der Sistierungs-Entscheid der EBM vom Montag hat postwendend den Verband «Freie Landschaft Schweiz» zu einer Medienmitteilung veranlasst: «Selbst mit Subventionen ist die Windkraft in der Schweiz kaum rentabel», kommt deren Präsident Elias Meier zum Schluss. Der Entscheid der EBM dürfte andere Investoren anregen, ihre bisherigen Bemühungen in Windkraft in der Schweiz zu überdenken. Denn auch anderenorts werden laue Lüftchen von nur 4,5 Metern pro Sekunde gemessen.

Der Verein Wind-Still hat «mit Genugtuung vom Entscheid Kenntnis genommen». Er «ist ein wichtiger Etappensieg zum Schutz der direkt betroffenen Bewohner und von Landschaft, Flora und Fauna, dem sich

Wind-Still verschrieben hat», heisst es in ihrem Communiqué.

Die Kilowattstunde des Windstroms wird mit 21 Rappen subventioniert – das ist gut viermal mehr als der Strompreis auf dem europäischen Markt. Dort wird die Kilowattstunde mit fünf und sechs Rappen gehandelt. Pro Windrad führt das gemäss Elias Meier zu jährlichen Subventionen von 800 000 bis 900 000 Franken. «Die hohen Subventionen führen dazu, dass nun auch die Wasserkraft subventioniert werden muss», kritisiert Meier.

«Für mich war es immer klar, dass es bei Windkraftprojekten im Baselbiet knapp ist», kommentiert Nationalrat Eric Nussbaumer (SP) den EBM-Entscheid. Er ist im Verwaltungsrat der AdeV – ein Produzent von Strom aus



erneuerbarer Energie, der mit der EBL einen «Zusammenarbeitsvertrag» für den möglichen Betrieb der Anlagen auf dem Schleifenberg eingegangen ist. Der Entscheid der EBM sei nachvollziehbar, das könne der EBL auch passieren, sagt Nussbaumer.

Mit der Umwandlung der kostendeckenden Einspeisevergütung in ein kostenorientiertes Einspeisevergütungssystem (KEV) – mit der sogenannten Marktprämie per Januar dieses Jahres – seien erneuerbare Energien in Schwierigkeiten geraten. Das Modell laufe zwar aus. Nun müsse man beobachten, wie die EU den Energiemarkt gestalte. Aber spätestens im Jahr 2020/2021 komme das Thema «Strommarkt-Design» im Nationalrat zur Sprache, sagt Nussbaumer. Zur Diskussion

stunden dann grundsätzlich zwei Modelle: Man reguliere den Preis oder die Menge, was bedeute, dass für Stromproduzenten eine Quote für erneuerbare Energien eingeführt würde.

Projekte nicht beerdigt

Neue Subventionsmodelle – das weckt Hoffnungen bei den Baselbieter Energieversorgern. Die EBM spricht denn auch von «vorläufig sistieren». Wie Joachim Krebs, Sprecher der EBM, ausführt, werde ferner an sogenannten Schwachwind-Turbinen geforscht. Gebe es technologische Fortschritte und auch tiefere Baukosten, könne man die Pläne wieder aus den Schubladen hervorholen.

Schwachwind-Turbinen bedeuten noch grössere Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild, entgegnet Elias Meier. Es heisst Räder mit Nabenhöhen von 250 Metern und noch grösseren Rotoren – Objekte fast so hoch wie der Eiffelturm. Diese bräuchten noch stärkere Fundamente. Schon heute verbaue man rund 2500 Tonnen Beton für ein grosses Windrad, gibt er zu bedenken.

Während die Industriellen Werke Basel (IWB) ihrem Windparkprojekt bei Röschenz-Burg-Kleintüzel mit Nabenhöhen von 140 Metern Chancen einräumen, verfolgt auch die EBM weitere Windprojekte: Eine Maschine soll in Muttenz neben der Autobahn zu stehen kommen. «Das Astra verlangt nun Abklärungen wegen der Auswirkungen auf den Verkehr», erläutert Joachim Krebs. Ein weiteres Projekt in Meltingen im Kanton Solothurn wartet auf die Aufnahme in den kantonalen Richtplan. Erst danach könne mit Windmessungen begonnen werden. Wobei die EBM auch dort nur mit einem lauen Lüftchen rechnen dürfte.

Parlament zieht Strich unter Kabelnetz-Affäre

FDP wollte GRPK-Bericht nicht beraten

Von Rolf Zenklusen

Binningen. Die Vorwürfe wiegen schwer: Beim Abschluss der neuen Verträge mit dem TV-, Telefon- und Internetanbieter ImProWare AG habe der Binninger Gemeinderat seine Kompetenzen überschritten und damit eine «schwere Pflichtverletzung» begangen, schreibt die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) in ihrem Bericht ans Parlament (*BaZ* vom 23. Mai). Der Gemeinderat hätte für den Abschluss der Verträge mit der ImProWare AG den Einwohnerrat einbeziehen müssen. Deshalb beantragte die GRPK am Montagabend dem Einwohnerrat, die Genehmigung zum Abschluss der ImProWare-Verträge nachträglich zu erteilen.

Christoph Maier (FDP) gefiel dieses Vorgehen nicht. Er plädierte für Nichteintreten. Die FDP wollte warten, bis der Bericht vorliege, den die GRPK in dieser Sache bei der Baselbieter Regierung angefordert habe. «Das wäre fairer», sagte Maier und löste mit diesem Vorschlag eine Welle der Kritik aus. «Wir möchten das jetzt vom Tisch haben», verlangte Gaida Löhr Vanoncini (SP); auf die Antwort aus Liestal könne man vielleicht lange warten. Die Antwort des Regierungsrats tue nichts zur Sache, sagte auch Rahel Bänziger Keel (Grüne). Falls das Geschäft verpagt würde, wäre die Arbeit der GRPK wertlos, ergänzte Thomas Hafner (CVP). Die SVP äusserte sich nicht, stimmte aber mit den Fraktionen CVP, SP und Grüne gegen den FDP-Antrag.

Kaum hatte die Diskussion über den GRPK-Vorschlag angefangen, stellte Marc Schinzel (FDP) erneut den Antrag zu warten, bis der Bericht des Regierungsrats vorliege. Auch Maier schaltete sich wieder ein und erklärte, indem man den Bericht aus Liestal abwartete, verschaffe man dem Gemeinderat Rechtsgehör. «Unser Antrag hat nichts zu tun mit dem Regierungsrats-

bericht», widersprach GRPK-Präsident Karl J. Heim (CVP). Auch Bänziger Keel zeigte sich irritiert über das Vorgehen der FDP: «Die bürgerliche Mehrheit in der GRPK hat diesen Antrag so beschlossen.»

Schliesslich wurde das FDP-Begleichen mit 21 zu 11 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Danach übte niemand mehr Kritik am GRPK-Antrag. SVP und CVP sagten nur, sie würden zustimmen. Stephan Appenzeller (SP) lobte, die GRPK habe mit grossem Aufwand und sachlich gearbeitet. Materiell begrüsse die SP den Entscheid des Gemeinderats, zur ImProWare gewechselt zu haben: «Das Binninger Kabelnetz gehört zu den günstigsten und besten.» Dieser Meinung schliesse sie sich an, sagte Bänziger Keel. Mit 29 zu 4 Stimmen und einer Enthaltung hat der Einwohnerrat die Verträge mit der ImProWare AG nachträglich genehmigt. Damit scheint die Sache vom Tisch zu sein – auch für den Gemeinderat. «Wir warten gespannt, aber auch entspannt auf den Bericht des Regierungsrats», sagte Gemeindepräsident Mike Keller (FDP).

«Der Berg hat eine Maus geboren»

Seit September 2015 liegt der Schlussbericht über die kommunale Finanzentwicklung bei der GRPK. Diese legte dem Parlament acht Empfehlungen vor, wie man weiter sparen könnte. «Die ganze Übung hat nichts gebracht und nur weitere Kosten verursacht», sagte Bettina Benthaus Häfliger (SP). «Der Berg hat eine Maus geboren. Die Kosten für die Beratungen haben die Einsparungen wieder aufgefressen», meinte Rahel Bänziger Keel (Grüne).

SVP, CVP und FDP winkten die Empfehlungen durch, ohne sich dazu zu äussern. Gemeinderat Christoph Anliker (SVP) erklärte, einige der Empfehlungen habe der Gemeinderat bereits umgesetzt. Sowieso sei die Überprüfung der Finanzen eine laufende Aufgabe.

Keine ÖV-Beiträge für zum Pendeln gezwungene Schüler

Prattler Gemeinderat gibt Schwarzen Peter weiter an den Kanton

Von Christian Fink

Pratteln. 2012 beschloss der Kanton Baselland, Schülerinnen und Schüler innerhalb eines Schulkreises so aufzuteilen, dass die Klassengrössen optimiert geführt werden. Damit spart der Kanton einige Millionen Franken jährlich. Jede nicht gegründete Klasse entlastet die Kantonskasse um rund 250 000 Franken.

Die Folgen davon tragen die Schülerinnen und Schüler, die je nach Bedarf in anderen Gemeinden eingeschult werden. Vom Sekundarschulkreis Rheintal, zu dem die Gemeinden Pratteln, Birsfelden, Muttenz, Augst und Giebenach gehören, sind derzeit 13 Prattler Schülerinnen und Schüler betroffen. Sie wurden in der Sek Muttenz eingeschult.

Schwitzen und duschen

Nun hat sich eine Sechsergruppe von Schülern, die Muttenz zugewiesen wurden, beim «werten Einwohnerrat» gemeldet. Dies mit der Einforderung eines Tram-Abonnements. Sie seien nicht nur «unfreiwillig von unseren Primarschulfreunden weggerissen» worden; im Winter friere man sich «auf dem Velo zu Tode», und am Morgen sei es noch dunkel. Anders zur warmen Jahreszeit: «Wir sind jetzt in der Pubertät, darum schwitzen wir auch viel. Und wenn es zu Hause auch noch 25 oder mehr Grad heiss ist, kommen wir mit dem Velo schweisstriefend zu Hause an.» Dann sei duschen angesagt, was jedoch nicht viel bringe, da «wir ja auf dem Weg zurück in die Schule wieder schwitzen und stinkend in der Schule ankommen würden».

Im Einwohnerrat unterstützt wird die Forderung nach einem Tram-Abonnement für die Zwangs-Schulpender von Patrick Weisskopf (Unabhängige), der eine entsprechende Interpellation eingereicht hat. Er fragt unter anderem, welche Möglichkeiten bestehen, dass sich die Gemeinde Pratteln an den Mehrkosten für den längeren Schulweg beteiligt.

Gemeinderat Roger Schneider betonte in seiner Antwort, dass die Verantwortung für die Zusammenlegung von Klassen beim Kanton, genauer beim Amt für Volksschulen liege. Er hält die Regelung für zumutbar. «Der Schulweg nach Muttenz beträgt durchschnittlich 14 Minuten. Im Vergleich zum Schulweg ins Schulhaus Fröschmatt haben die 13 Jugendlichen sieben Minuten länger nach Muttenz.» Ein Schulweg dieser Länge erlaube sogar, über Mittag nach Hause zu gehen.

Pragmatische Lösungen gesucht

Der Kanton übernimmt weder Beiträge zu Verpflegungs- noch Wegkosten. Die Schulwege seien zudem, so Schneider, per Velo gut zu bewältigen. Von einer Übernahme dieser Kosten durch die Gemeinde wird aus diesen Gründen abgesehen.

Die Massnahme betreffe nicht jeden, erwiderte Weisskopf, systematisch jedoch einige wenige. Dadurch mache sich unter Schülern und Eltern Unsicherheit breit. Selten melde sich ein Schüler freiwillig; jeder hoffe, «dass der Kelch an ihm vorbeigeht».

Die Folgen davon zeige der Brief der Schüler auf. Doch «dürfen Sparmassnahmen zu Mehrausgaben für den Besuch der obligatorischen Schule bei Familien führen?» Weisskopf kann sich etwa eine Rückerstattung des Schüler-U-Abos als kleine Anerkennung vorstellen. Hier wären Ideen gefragt, «die uns als Gemeinschaft weiterbringen». Und, so Weisskopf gegenüber der *BaZ*, «Liesberg sowie viele Gemeinden des Kantons Aargau haben pragmatische Lösungen gefunden». Die Gemeinden beteiligen sich an den ÖV-Kosten.

Einwohnerrätin Eva Keller-Gachnang (SP) sieht in einer solidarischen finanziellen Unterstützung auch Standortmarketing. Familien würden so von der Einwohnergemeinde ernst genommen. Und es erfolge nicht nur der Hinweis auf die Regierung des Kantons Baselland, der den Kanton kaputtspart. Denn «es sind unsere Kinder, die abgeschoben werden».

Nachrichten

SP reicht Beschwerde gegen Regierung ein

Liestal. Die Baselbieter SP reicht beim Kantonsgericht eine Beschwerde wegen Rechtsverzögerung gegen den Regierungsrat ein. Dies, weil er zur Initiative «Wohnen für alle!» nach drei Jahren noch immer keine Vorlage ausgearbeitet hat. Die Verzögerung interpretiert die SP Baselland als Rechtsverweigerung. Die Partei hält in einer Mitteilung fest, dass der Regierungsrat zwar nicht an eine Frist gebunden sei. Jedoch sei daraus nicht zu schliessen, dass er deswegen unbeschränkt Zeit in Anspruch nehmen dürfe. Die Hinhaltepolitik sei eine Missachtung des Volkswillens. Die SP beantragt dem Kantonsgericht, festzustellen, ob die Regierung durch die Nicht-Behandlung der Initiative eine Rechtsverweigerung begangen hat und anzuweisen ist, die Initiative unverzüglich dem Landrat zur Behandlung zu überweisen.

Trickdiebe knöpfen Seniorin 10000 Euro ab

Binningen. Unbekannte haben am Montagabend einer 90-jährigen Frau 10000 Euro abgenommen. Wie die Polizei mitteilt, habe die Frau bei einer Bank in Lörrach das Geld abgehoben und sei mit dem ÖV zu ihrer Wohnung an der Oberwilerstrasse gefahren. Bei der Eingangstüre sei sie von drei Männern angesprochen und kurz berührt worden. Als sich die Männer entfernten, habe die Frau den Diebstahl bemerkt. Die Polizei sucht Zeugen.

Primarlehrer kämpfen für Passepartout

Liestal. Die Schulleitungskonferenz Primarstufe zeigt sich irritiert und enttäuscht von der Zustimmung des Landrats zur Volksinitiative, die sich gegen das Passepartout-Lehrmittel wendet. Die Konferenz hat am Montag beschlossen, den Landräten ein Schreiben zukommen zu lassen, in dem aus der Sicht der Lehrer die positiven Erfahrungen mit dem Lehrmittel geschildert werden.